

Meinungsfreiheit 2.0

Ein Plädoyer für eine Kommunikation der Achtsamkeit

Fortsetzung von Seite 1

fekt. Bei der Online-Kommunikation fehlt das direkte Feedback, das wir in der Offline-Welt immer bekommen. So sehen wir etwa, wenn sich jemand verletzt oder gekränkt fühlt, wenn er/sie verärgert über unsere Aussage ist oder enttäuscht. Die Distanz bzw. das Fehlen körperlicher Präsenz in der Netz-Kommunikation kann dazu führen, dass Online-Foren als Ventil dienen, um dem eigenen Ärger auf virtueller Ebene Luft zu machen, anstatt in der direkten, „realen“ Kommunikation andere zu beleidigen oder anzugreifen.

Die BefürworterInnen von Pseudonymen in der Online-Kommunikation führen vor allem die potenzielle Diskriminierung und die Angst vor möglichen Auswirkungen im realen Leben oder die Gefährdung der Existenzgrundlage als Argument ins Feld. Dies knüpft an die Vorstellung an, dass die freie Meinungsäußerung ohne Angst vor Nachteilen oder Ächtung in einer Demokratie gewahrt bleiben muss.

Neben der Funktion, die freie Meinungsäußerung in demokratischen Staaten zu schützen, bietet die Möglichkeit eines Pseudonyms natürlich auch Menschen in totalitären Systemen Schutz vor Repressalien. Denn keiner würde vertrauliche Informationen öffentlich machen, wenn ihm/ihr der Schutz der Anonymität verweigert würde. Juristisch ist das für die Online-Kommunikation im deutschen Telemediengesetz geregelt: Internet-Dienste müssen ihren NutzerInnen die Möglichkeit einräumen, diese anonym oder mit Pseudonym nutzen zu können. Unabhängig von der juristischen Regelung wäre mit einer Aufhebung der Anonymität bzw. Pseudonymität auch keine Lösung gefunden.

Ignoranz, Verbote oder moderierte Meinungsfreiheit – was tun?

Immer wieder wird empfohlen, die Kommentare zu ignorieren („Don't feed the trolls!“, „Don't read the Comments!“) und Trolle auf diese Weise auszubremsen. Das sind gut gemeinte Ratschläge, sie sind jedoch wenig lösungsorientiert und verharmlosen

das Problem, denn die Kommunikationskultur im Netz wird immer aggressiver, die Kommentare werden immer beleidigender. Daher schlagen inzwischen immer mehr JournalistInnen vor, Leserkommentare ganz abzuschaffen und Kommentarfunktionen zu schließen. Doch entspräche das nicht der Abschaffung der Meinungsfreiheit?

Eine Alternative, die bereits vielfach Anwendung findet, ist die Moderation von Foren und Kommentarbereichen durch die jeweilige Redaktion der Webseite.

Es werden Kommentare und Beiträge, die auf Grundlage in unserer Gesellschaft geltender Moralvorstellungen nicht nur als unmoralisch bewertet werden können, sondern zum Teil auch gegen geltendes Recht verstoßen, gelöscht, damit wird die Qualität der Debatten erhöht. Das heißt: Wer sich nicht an die (Kommunikations-) Regeln hält, darf auch nicht mitspielen. Aber ist das fair? Ist das Löschen von vermeintlichen Trollbeiträgen unethisch? Oder ist der Schutz der NutzerInnengemeinschaft gewichtiger als das Recht des/r Einzelnen auf freie Meinungsäußerung?

Mir scheint, dass nicht nur journalistische Webseiten, sondern auch Plattformen wie Twitter, Youtube und Facebook stärker in die Verantwortung genommen werden müssen, um langfristig auch im Netz eine Kommunikationskultur zu etablieren, die die Regeln der sozialen Praxis folgt. Doch nicht nur das erscheint wichtig, vor allem die NutzerInnen sind angehalten, sich angemessen zu verhalten.

Viele Chats und Foren werden schon moderiert, Redaktionen setzen eine Netiquette voraus, und Normverstöße können zum Ausschluss aus dem Kommunikationskontext führen. Das Grundproblem, dass Menschen – anonym wie personalisiert – ihre Meinung respekt- und hemmungslos verkünden, auch über rechtliche Grenzen hinweg, zeigt: unsere Kommunikationskultur hat noch einen weiten Weg vor sich.

Etablierung einer Kommunikationskultur der Achtsamkeit als Bildungsinhalt

Abschätziges Wortmeldungen und Hasstiraden im Netz sind zunächst auch Ausdruck eines individuellen Defizits an Kommunikationskultur und sozialer Praxis, was sich aller Voraussicht nach nicht nur im Netz, sondern auch im realen Leben zeigt.

Aus ethischer Perspektive ist es daher wichtig, eine Kommunikationskultur der Achtsamkeit im Umgang miteinander zu stärken und zu etablieren – im realen wie im virtuellen Raum. Gerade im Internet, wenn die körperliche Präsenz der KommunikatorInnen nicht gegeben ist und das direkte Feedback in Kommunikationsprozessen fehlt, bedarf es einer Diskussionskultur, die auf einem zivilisierten Verhaltenskodex aufbaut.

Bis wir solch eine Kommunikationskultur etabliert haben, sind wohl abschätziges Kommentare als (hoher) Preis zu verbuchen für lebendige und vielfältige Debatten im Internet. Da die kompetente Nutzung des Internets nicht vom Himmel fällt, sondern erlernt werden muss, ebenso wie Formen sozialer Praxis, und eine Kommunikationskultur der Achtsamkeit sich nicht von selbst etabliert, ist es wichtig, dies im Bildungskontext zu verankern. Natürlich ist der verantwortungsbewusste Umgang mit sich und anderen nicht nur ein Projekt für die Schule, sondern auch für die Gesellschaft.

Dr.ⁱⁿ phil. Nina Köberer M.A.
Mitglied der Forschungsstelle Jugend – Medien – Bildung und der Forschungsgruppe Medienethik an der PH Ludwigsburg

Wer ist heute noch globale Supermacht?

Chinerika, BRICS, G20, USA, EU, SOZ, Core-6 oder MIST

Bevor die Frage geklärt werden kann, wer eigentlich noch eine oder die Supermacht ist, sollte verdeutlicht werden, was eine solche heute ausmacht. Eine Näherung zur Denkategorie „Supermacht“ ist der Begriff der *Geopolitik*. Für Tobias ten Brink beschreibt Geopolitik räumliche Kontrollstrategien von Staaten, ohne dass diese dabei direkte territoriale Kontrolle über betroffene Gebiete haben müssen. Heute ist *geoökonomisches Denken* eng mit Geopolitik verknüpft, es stellt die wirtschaftliche Konkurrenz zwischen Ländern dar, z. B. über Kredite, Rohstoffpreise, Transportwege oder Exporte einen Staat „in der Hand“ zu haben. Der Soziologe Michael Mann beschreibt die fünf Eckpunkte der Macht als ökonomische, ideologische, militärische, politische Macht und die Fähigkeit zur Führerschaft.

Stagnierender Westen ...

Charles Kauthammer hat 1990 eingeschätzt, dass die USA rund 30 bis 40 Jahre *unipolar* agieren werden. Weit gefehlt, denn Ende 2014 hat China die USA bzgl. des BSP überholt. Indien hat Japan überflügelt und Indonesien Großbritannien. Die Welt ist in vielerlei Hinsicht *multipolar* geworden. Ökonomie ist aber nicht alles. Man pocht auf mehr globale Gerechtigkeit und Gleichberechtigung, z. B. im Währungsfonds (IWF). USA und EU schoben das auf die lange Bank und China hat – gemeinsam mit Brasilien, Russland, Indien und Südafrika (die sog. BRICS-Staaten) – die New Development Bank (als Konkurrenz zum IWF) gegründet. Der „Westen“ hat dabei die alleinige globale Definitionsmacht verloren, wenngleich die Unterschiede der BRICS-Staaten in Politik und Wirtschaft kaum deutlicher sein können.

... und globale Herausforderer

Die BRICS-Staaten vereinen 42,5 % der Weltbevölkerung. Nicht nur BRICS, sondern auch die mit Russland und China im Zentrum stehende Shang-

hai-Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) zählt zu den Akteuren der globalen Machtverschiebung. Das Akronym MIST steht für Mexiko, Indonesien, Südkorea und Türkei.

Die Aufregung über eine solche Aufrüstung der BRICS-Staaten muss eingeordnet werden. Das Rüstungsbudget Chinas hat sich zweifelsohne stark erhöht. So ergaben die Rüstungsausgaben aller fünf BRICS-Staaten 2013 weniger als 50 % des US-Budgets. Im Gegensatz zu den USA vermeidet China Kriege und Militärinterventionen, sondern konzentriert sich auf die nationale Wirtschaftsentwicklung – dies nicht immer zum Vorteil anderer Staaten. Zu dieser globalen Strategie zählt eine neue *maritime Seidenstraße* mit Hafenbeteiligungen in Asien, Afrika und Europa und eine *neue Seidenstraße* mit Straßen, Schienen und Glasfasernetzen von Ostasien über Zentralasien bis in die EU.

Who rules the world?

In Anlehnung an die G7 wurden die G2 – die USA und China, also *Chinerika* – in den Diskurs eingeführt. Chinerika entstand weniger wegen ihres gemeinsamen Vorgehens, sondern wegen dessen Mächtigkeit. Parag Khanna geht jedoch davon aus, dass die Welt auf absehbare Zeit keine dominierende Führungsmacht mehr haben wird. Er sieht in den USA, China und der EU die globalen Hauptakteure. Nicht nur bei den Währungen kann man erkennen, dass der Globus parallel amerikanisiert, europäisiert und sinisiert wird.

Neokonservative wie Robert Kagan wollen den Einfluss der USA sichern, indem sie eine Allianz mit anderen Demokratien (z.B. Japan, Australien oder Indien) vorschlagen, um globale Probleme zu lösen. Diese Ordnungsvorstellungen basieren erstens auf Feindbildern und zweitens auf Staaten, die ausgeschlossen werden. Leiser treten Hachigian und Sutphen auf, die für die *Core 6* (USA, China, Indien, Russland, EU, Japan) plädieren und begrün-

den, dass die wachsenden Probleme wie Klima oder Terror unzureichend in bestehenden Institutionen (NATO, G7 oder UN-Sicherheitsrat) diskutiert werden können, da einer oder mehrere Staaten jeweils nicht vertreten sind.

Ex-Weltbankpräsident Zoellick ist für ein flexibles Netzwerk, welches einen *Neuen Multilateralismus* schafft. Die Lenkungsgruppe soll neben den G7 auch Brasilien, China, Indien, Mexiko, Russland, Saudi-Arabien und Südafrika umfassen. Die EU als Institution spielt auch bei Kishore Mahbubani eine untergeordnete Rolle, da sie seiner Ansicht nach kaum kluge globale Politikansätze hervorbringt.

Friedenspolitik

Einige der Vorschläge thematisieren die unzureichenden Fortschritte bei Klimaschutz, Umgang mit Ressourcen oder Armutsbekämpfung. Sie zielen jedoch auf eine Schwächung der UNO. Diese umfasst alle Staaten, nicht nur die reichen und hochgerüsteten. Die Mitglieder des UN-Sicherheitsrates blockieren die Reform der UNO, um sich anschließend über deren Handlungsunfähigkeit zu beklagen. Das mindert auch den Einfluss des in der UN-Charta verankerten *Gewaltverbots*. Wenn die USA auf einem Gebiet der Machtausübung uneinholbar sind, dann ist es das Militär. Diese Regeln sollten nach US-Vorstellungen für alle gelten. Das Gewaltverbot – politisch klug angewandt – schränkt die zügellose militärische Globalisierung jedoch ein. Es wäre im Interesse des neutralen Österreichs als wichtiger UN-Sitz, die Reform der Weltorganisation auf Basis des Gewaltverbotes weiter zu thematisieren und dafür auch in der arabischen Welt, in Afrika und in der Zivilgesellschaft Verbündete zu suchen.

Priv.-Doz. Mag. Dr. Thomas Roithner
Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler, ist Friedensforscher, Journalist und Privatdozent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien, www.thomasroithner.at

TTIP –

Was ist vom transatlantischen Handelsabkommen zu erwarten?

TTIP steht für „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft“. Seit Anfang 2013 verhandelt die EU-Kommission (EK) im Auftrag der EU-Regierungschefs (also auch Faymann und Co.) dieses Abkommen mit den USA. Die BefürworterInnen dieses Projekts behaupten, dass durch die Erleichterung von Handel und Investitionen Wachstum und neue Jobs entstehen. Allerdings prognostizieren alle EU-Studien nur ein sehr geringes Wirtschaftswachstum für die EU – je nach Szenario von 0,03 bis 0,2 % für die nächsten zehn Jahre. Rund 400.000 neue Arbeitsplätze sollen in den ersten 15 Jahren entstehen. Unabhängige Studien mit realistischeren Annahmen (inklusive der Berücksichtigung möglicher Kosten von TTIP) kommen zu ganz anderen Ergebnissen für die EU: geringe Einkommen und eine massive Zerstörung von Arbeitsplätzen.

Der Handel zwischen den USA und der EU ist ohnehin weitestgehend liberalisiert. Es gibt nur noch für wenige Sektoren und Produkte Zölle. Daher stellt sich die Frage: warum brauchen wir überhaupt ein solches Abkommen und worum geht es darin tatsächlich?

TTIP - Ein umfassendes Deregulierungsabkommen

Ein zentraler Bestandteil des Abkommens ist die Beseitigung der sogenannten „nicht-tarifären“ Handelshemmnisse zwischen beiden Wirtschaftsregionen. Darunter fallen Gesetze und Regelungen wie zum Beispiel KonsumentInnen- und Datenschutz, die Kennzeichnung von Lebensmitteln, Umweltgesetze, Medikamentenpreise, Patente, Schürfrechte, Arbeitsnormen und auch die Vergaberegeln für öffentliche Aufträge. Viele dieser Regeln sind Ausdruck von gesellschaftlichen Präferenzen und Kämpfen.

Für all diese Bereiche soll in Zukunft die „gegenseitige Anerkennung“ gelten. Das könnte dann in der EU Gentechnik auf dem Teller, Hormonfleisch, Chlorhühner, das Aus für Generika, geringeren Datenschutz, Spielzeug mit

mehr Chemierückständen oder eine weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bedeuten. Umgekehrt gibt es in den USA z. B. strengere Finanzmarktregeln, die den EU-Konzernen in diesem Sektor ein Dorn im Auge sind. Die Sorge der KritikerInnen in der EU wie auch den USA: die gegenseitige Anerkennung wird den Druck erhöhen, die jeweils strengeren Gesetze oder Standards nach unten zu nivellieren – auch wenn die EU-Kommission und die Regierungen der Mitgliedsstaaten nicht müde werden zu behaupten, dass sie die hohen Standards in der EU nicht aufgeben werden.

TTIP – alle Macht den Konzernen

Teil des Abkommens sollen auch Klagerrechte für ausländische Investoren sein. Konzerne sollen die Möglichkeit erhalten, Staaten zu klagen, wenn sie sich „unfair behandelt“ oder „indirekt enteignet“ fühlen. Diese Klagen werden bei internationalen Schiedsgerichten wie dem Weltbanktribunal (ICSID) verhandelt – von drei Personen (zwei Anwälten, einem Schiedsrichter) unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ohne Berufungsmöglichkeit. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, dass Konzerne immer öfter den Beschluss neuer oder die Veränderung bestehender Gesetze als Anlass für Klagen auf entgangene Gewinne mit Forderungen in Millionenhöhe nutzen. So hat der schwedische Energiekonzern Vattenfall Deutschland auf 4,7 Milliarden Euro Schadenersatz für den Ausstieg aus der Atomkraft geklagt. Das Verfahren ist noch anhängig. Auch wurde nun Österreich geklagt (im Rahmen des bilateralen Investitionsschutzabkommens mit Malta). Die Eigentümerin der Meinh Bank, die Belegingsmaatschappij Far East B.V., will 200 Millionen Euro Schadenersatz, weil das lange dauernde Rechtsverfahren den Wert der Bank verringert hat. Konzerne können so Staatskassen plündern. Und es kommt zum „Chilling“-Effekt: um Klagen zu vermeiden, werden Regierungen immer seltener

strengere Umwelt- oder Sozialgesetze im Interesse der Menschen oder der Umwelt erlassen. Die Befragung der EU-Kommission über dieses Instrument zeigt: rund 90 % der mehr als 150.000 Teilnehmenden ist gegen dieses Instrument. Dennoch will die EU-Kommission daran festhalten.

Geheimverhandlungen mit Beteiligung der Konzerne

Trotz der Anfang des neuen Jahres vorgestellten „Transparenz Offensive“ der neuen EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström finden die Verhandlungen für dieses Abkommen weiterhin geheim statt. Aktuelle Verhandlungsdokumente, die Einblick in den Stand der Verhandlungen geben würden, sind weiterhin nicht öffentlich. Ausgewählte Mitglieder des Europäischen Parlaments dürfen diese nur in einem Leseraum einsehen – jedoch ohne Mitnahme von Papier, Bleistift oder Handy. EU-Konzerne hingegen sind immer bestens involviert. Vor Beginn der Verhandlungen fanden 93 % der Gespräche mit ihnen statt. Treffen mit den TTIP-Chefverhandlern finden laufend statt.

Das Unterwerfungsabkommen verhindern

TTIP ist nichts anderes als ein Unterwerfungsabkommen unter die Profitinteressen von Konzernen beidseits des Atlantiks. Für die Menschen in der EU und in den USA enthält dieses Abkommen, aus welcher Perspektive man das Abkommen auch analysiert – ob als KonsumentIn, als ArbeitnehmerIn oder als BürgerIn – keine positiven Auswirkungen. Im Gegenteil: es ist der umfassendste Angriff auf Demokratie und Freiheit seit langem. Leisten Sie Widerstand!

www.ttip-stoppen.at

Alexandra Strickner
ist Ökonomin, Mitbegründerin und
aktuelle Obfrau von Attac Österreich.
Sie beschäftigt sich seit 2001 mit dem
Thema Freihandel.

50 Jahre „Gastarbeiter“

Eine Spurensuche in Oberösterreich

Als Anfang Oktober 2014 die Ausstellung „Gekommen und Geblieben – 50 Jahre Arbeitsmigration“ in Linz eröffnete, erlebten alle eine Überraschung. Hunderte Menschen waren erschienen, mehrheitlich Menschen mit sogenannten Migrationshintergrund. ArbeitsmigrantInnen hatten dabei mitgewirkt, ihre eigene Geschichte aufzuarbeiten, und es waren viele gekommen, um sich das Ergebnis anzusehen. Es kam zu rührenden Szenen, angesichts dessen, dass Betroffene ihre eigene Geschichte in einer Ausstellung ansehen konnten.

„Wir Menschen waren nicht interessant“ (Cem Karaca)

Vor rund 50 Jahren schloss Österreich mit der Türkei ein Anwerbeabkommen ab (1964), ein Abkommen mit Jugoslawien folgte zwei Jahre später (1966). Dass die Wirtschaft in Österreich Anfang der 1960er dringend Arbeitskräfte benötigte, ist heute wohl unbestritten. Die Vorstellung der damals entworfenen „Rotationspolitik“ war allerdings, dass die „Gastarbeiter“ nach einiger Zeit Österreich wieder verlassen, nach dem Motto: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan...“. Der Wohlstand in Österreich wurde jedenfalls durch den massiven Arbeitseinsatz merklich gehoben. Als Personen fanden die ArbeitsmigrantInnen im öffentlichen Bewusstsein allerdings wenig Interesse, so als ob sie keine Biographie, keine Fähigkeit zum Selbstentwurf hätten. Von Interesse für die heimische Gesellschaft war die Arbeitsleistung. Der türkische Rockmusiker Cem Karaca drückte es – dem Zitat von Max Frisch folgend – so aus: „Es wurden Arbeiter gerufen / Doch es kamen Menschen an... / Wir Menschen waren nicht interessant / Darum blieben wir euch unbekannt.“

In der Ausstellung wird versucht, jene ArbeitsmigrantInnen, die vor fünfzig Jahren zuwanderten, aber auch Menschen, die später ins Land kamen, mit ihren Erinnerungen zumindest ansatzweise darzustellen – als Personen, die mit wechselvollen gesell-

schaftlichen und privaten Verhältnissen konfrontiert waren, mit großen Veränderungen klar kommen mussten, nicht selten mit Feindseligkeit, und darauf reagierten und/oder selbst agierten. Menschen, die aus unterschiedlichen Motiven ins Land kamen und in vielen Fällen mit ihren Familien auch geblieben sind oder neue Familien gründeten.

Harte Arbeit und Wohnungsnot

1964: Ein Anwerbeabkommen mit der Türkei? Tatsächlich kamen vorerst nur wenige türkische ArbeiterInnen, sie wurden in Oberösterreich anfangs in erster Linie in Ried im Innkreis (bei Fischer-Ski), oder in Steyr und Linz eingesetzt; nach ein paar Jahren konnte man von einem etwas stärkeren Zuzug sprechen. In Istanbul war eine Anwerbestelle der österreichischen Wirtschaftskammer eingerichtet worden.

Industrie, Gewerbe und vor allem die Bauwirtschaft suchten HilfsarbeiterInnen, aber auch FacharbeiterInnen wie beispielsweise Adil Üstündag, der in den 1960er Jahren aus Anatolien nach Linz kam. Er war damals 18 Jahre alt: „Ich stand am Bahnhof in Linz... und niemand ist gekommen, um mich abzuholen.“ Nach dem ersten Schock entwickelte sich aber alles recht gut. Adil berichtet von hohen Anforderungen, vielen Überstunden, aber auch von gutem Verdienst und korrekter Behandlung durch den Arbeitgeber. Nach dem ersten Jahr konnte er seinem Vater 43.000 Schilling überweisen, Freizeit hatte er wenig. Die Arbeit stand im Mittelpunkt.

1966 wurde ein formales Anwerbeabkommen mit Jugoslawien abgeschlossen, dem viele Menschen folgten. Ivo Ojdanic kam schon am 3. November 1965, er war einer der ersten „Gastarbeiter“ in Linz. Der junge Mann aus Split wollte vom ersparten Geld ein Auto kaufen, was ihm durch harte Arbeit in der Fabrik auch gelang. Aus der ursprünglich geplanten Rückkehr wurde nichts: Sowohl Adil als auch Ivan leben heute mit ihren Familien in Linz. Auch Memet Ketan kam

vor Jahrzehnten aus Anatolien nach Linz: „Bevor die Familie nachgekommen ist, hat der Papa ganz schrecklich gewohnt. Man hat ihn in eine Art Verschlag gesteckt“, erzählt seine Tochter, die in den 1970er Jahren selbst auch noch Wohnungselend erlebte.

Ergebnisse einer Spurensuche

Die Elendsquartiere lassen sich auch durch Fotos dokumentieren, sie sind in der Ausstellung zu besichtigen. Neben der zeithistorischen Darstellung der neueren Migrationsgeschichte geht es in der Ausstellung darum, diese Menschen, ihr Leben in Österreich und ihre spezifische Situation zu verstehen. Migration ist mittlerweile in der EU zur Norm geworden, Zuwanderungen prägen die europäischen Gesellschaften, ob einem/einer das nun gefällt oder nicht. Es galt, diese Entwicklung zu dokumentieren. Schließlich sollten die Ergebnisse einer „Spurensuche“ die Ausstellung abrunden. In diesem Sinne sind Videos sowie Dokumente, Photographien und Gegenstände aus dem Besitz von Zuwanderern, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten nach Österreich kamen, zu sehen: ein Mokkaservice aus der Heimat, ein Sportveranstaltungsplakat oder etwa die Boxhandschuhe des bosnisch-österreichischen Kickboxmeisters Ismet Mandara finden sich hier. Die Mandaras leben nun bereits in dritter Generation im Linzer Raum, die Entwicklung reicht vom manuellen Arbeiter über den Taxifahrer hin zum angehenden Akademiker und zum Unternehmer. Es sind wohl mehr als 80.000 Menschen, die in Oberösterreich im Zusammenhang mit der klassischen „Gastarbeiter“-Migration vor 50 Jahren stehen.

Viele Familienfotos geben einen Eindruck der Spurensuche ebenso wie andere Erinnerungsstücke – etwa eine Tito-Monstranz, ein Leuchtobjekt, das in der Teilrepublik Kroatien erfunden wurde. In den siebziger und achtziger Jahren stand sie im Wohnzimmer einer jugoslawischen Familie in Linz, in den

Fortsetzung Seite 6

50 Jahre „Gastarbeiter“. Eine Spurensuche in Oberösterreich

Fortsetzung von Seite 5

neunziger Jahren wurde sie versteckt, aber aufgehoben, dann wieder aufgestellt, bis die dritte Generation sie in postmoderner Weise als eine Art Disco-Accessoire nutzte. Die Ausstellung wird bis 2016 durch Oberösterreich touren, wird Steyr, Vöcklabruck, Bad Ischl, Traun, Enns und auch andere Orte besuchen. Durch die Ausstellung inspiriert, soll es zur Abgabe und Weitergabe einschlägiger Exponate und der Dokumentation persönlicher Geschichten kommen, die Identität, Heimat und Migration thematisieren. Die Ausstellung soll wachsen.

a. Univ. Prof. Dr. Michael John
Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Johannes Kepler Universität, Linz

Gekommen und Geblieben. 50 Jahre Arbeitsmigration. Eine Ausstellung von **migrare** - Zentrum für MigrantInnen OÖ und der **Volkshilfe**. Flüchtlings- und MigrantInnenbetreuung.

Als nächstes ist die Ausstellung zu sehen in: Ried im Innkreis, im Museum Innviertler Volkskundehaus vom 5. Februar bis zum 9. April 2015

Weitere Information über die Ausstellung unter: www.migrare.at oder www.volkshilfe-ooe.at/gekommen-geblieben.

Gesellschaftspolitische Tagung

Willkommen in Österreich!

Asyl und Fremdenrecht in der Praxis

Warum fliehen und flohen Menschen aus ihrer Heimat?

Auf welchen Wegen kommen sie nach Österreich?

Wie läuft ein Rechtsverfahren ab?

Was ist „Asyl“ rechtlich gesehen überhaupt?

Zur Klärung der Sachlage kommt die Frage nach den humanistisch-christlichen Visionen zur Sprache, die sowohl die Bedürfnisse der hier Wohnhaften als auch der Ankommenden berücksichtigen.

Der Sonntag steht im Zeichen der vielfältigen Praxis und der guten Beispiele, eine Anregung für das eigene Nachdenken und Handeln.

ReferentInnen:

DDr. Michael Landau, Präsident der Caritas Österreich

Mag.^a Marion Huber, Caritas Oberösterreich

Haus Courage, Wels; Caritas-Flüchtlingshaus Stadl-Paura, Mag.^a Maria Fischer; Fach- und Forschungsstelle für Migration, Integration und interkulturelle Bildung: „Gehen um anzukommen? Das Migrationslabyrinth“; Plattform „Altmünster für Menschen“

Programm im Detail:

Samstag, 14. März 2015

13:00 Ankommen mit Kaffee und Kuchen

14:00 Referate DDr. Michael Landau, Mag.^a Marion Huber; Gruppen, Diskussion

18:00 Abendessen

19:00 Gottesdienst mit DDr. Michael Landau

20:30 Abendprogramm mit dem Haus Courage, Wels

Sonntag, 15. März 2015 „Aus der Praxis“

9:00 Initiativen stellen sich vor, Gespräche und Diskussion

13:00 Mittagessen

Tagungs-Beitrag: 40 Euro; Bildungsgutschein der Diözese Linz wird angenommen, Kinderbetreuung auf Anfrage möglich.

Übernachungskosten: Vollpension: DZ 50 Euro, EZ 56 Euro.

Information und Anmeldung: Sozialreferat der Diözese Linz, Kapuzinerstraße 84, 4021 Linz; Telefon: 0732/7610-3251;

e-mail: sozialreferat@dioezese-linz.at

Eine Veranstaltung des Sozialreferats der Diözese Linz in Zusammenarbeit mit dem Bildungshaus Schloss Puchberg, Pax Christi OÖ und Caritas Oberösterreich; unterstützt aus den Mitteln der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung.

Gesellschaftspolitische Tagung

Willkommen in Österreich!

Asyl und Fremdenrecht in der Praxis

ReferentInnen:



DDr. Michael Landau
Präsident der Caritas
Österreich



Mag.^a Marion Huber
Caritas Oberösterreich

Warum fliehen und flohen
Menschen aus ihrer Heimat?

Auf welchen Wegen kommen
sie nach Österreich?

Wie läuft ein
Rechtsverfahren ab?

Was ist uns menschlich,
christlich geboten?

Wie gelingt gutes Miteinander?

Und weitere AktivistInnen aus der Praxis
der Asyl- und Flüchtlingsbetreuung

Bildungshaus Schloss Puchberg bei Wels

14. März 2015, 13:00 Uhr bis

15. März 2015, 13:00 Uhr

TeilnehmerInnen-Beitrag: 40 Euro; Kinderbetreuung möglich
Bildungsgutschein der Diözese Linz wird angenommen

Information und Anmeldung: Sozialreferat der Diözese Linz,
Kapuzinerstraße 84, 4021 Linz; Telefon: 0732/7610-3251
e-mail: sozialreferat@dioezese-linz.at



Mittelmeer: Die Krise der Festung Europa

Die Festung Europa ist nicht mit den Kreuzzügen oder der Reconquista entstanden. Sie ist nicht 500, sondern 20 bis 25 Jahre alt. Sie dient der Aufrechterhaltung des sozialen Grabens am Mittelmeer, der in den letzten zwei Jahrzehnten so tief geworden ist wie nie zuvor in der mehrtausendjährigen bekannten Geschichte des Mittelmeerraums. Die Lebensverhältnisse zwischen Nordafrika und Südeuropa befinden sich zur Zeit im Verhältnis 1:13.

Bis zur Einführung der Visapflicht für BürgerInnen aller nordafrikanischen Staaten Anfang der 1990er Jahre konnten TunesierInnen zur Saisonarbeit nach Süditalien einfach hinüberschippeln. Bis 1995 spazierte man in Marokko ohne Kontrollen oder EU-Grenzzäune in die spanischen Enklaven Ceuta und Melilla.

Abschottung bringt Leid und Sterben

Mit Blick in die Zukunft möchte man sagen, dass die Festung Europa eines Tages nur noch eine Fußnote der Geschichte sein wird – wären da nicht die abertausenden Toten, die die Abschottung der Europäischen Union produziert hat und das Leid, das die Verarmungsprozesse auf der südlichen Mittelmeerseite erzeugt haben. Das Sterbenlassen im Mittelmeer, die Verwandlung des Mittelmeers in ein Massengrab in unseren Tagen, wird als Schande Europas und als Verbrechen an der Menschheit erinnert werden.

Das Abschottungsdebakel Europas begann mit der Arabellion (2011). Damals brachen die Küstenwachen der nordafrikanischen Staaten zusammen. Zuvor, in den Jahren um 2003, waren in Nordafrika unter EU-Druck die ungenehmigte Ausreise unter Strafe gestellt und die Küstenwachen auf Verhinderung unkontrollierter Bootsabreisen ausgerichtet worden. Im Frühjahr 2011 brachen im Schwung der Begeisterung über die errungene Freiheit zehntausende Jugendliche vor allem aus Tunesien Richtung Italien auf. Die damalige Berlusconi-Regierung rief den Notstand aus und hetzte gegen die Reisefreiheit, die angeblich einen „Exodus

biblischen Ausmaßes“ bewirke. Über tausend tunesische Jugendliche, die nach Dokumentation ihrer Angehörigen nahe an die italienische Küste gelangt oder gar angekommen waren, verschwanden.

Überwachtes Sterben

Zeitgleich begannen die europäische Agentur Frontex und die NATO vor Tunesien und Libyen aufzuziehen, wo die NATO krieglerisch eingegriffen hatte. Im Zuge der Seeblockade wurden die internationalen Gewässer in Sektorenzonen (mit dem Ziel einer lückenlosen Überwachung) aufgeteilt. Die polizeilich-militärische Abschottung im Mittelmeer erreichte einen historischen Höhepunkt.

Dennoch hörten die selbstgesteuerten Überfahrten aus Tunesien nicht auf, und aus Libyen setzte eine Fluchtbewegung subsaharischer „Gastarbeiter“ und Flüchtlinge über das Mittelmeer ein. Immer mehr Bootsflüchtlinge ertranken – auch in den Sektorenzonen der lückenlosen Überwachung von Frontex und NATO. Ungefähr 2.000 Tote wurden im Jahr 2011 registriert.

Überlebende, denen ihre Liebsten vor eigenen Augen verdurstet oder ertrunken waren, meldeten sich anschließend bei Menschenrechtsgruppen. Sie waren traumatisiert, aber bahnten sich seit 2011 ihren Weg in die Öffentlichkeit. Sie hatten Handy-Aufnahmen gemacht und konnten anhand vorgelegter Satellitenbilder ihre Irrfahrt auf dem Meer rekonstruieren – und zur Identifizierung von NATO-Schiffen beitragen. Diese waren nahe vorbeigefahren, auch Hubschrauber waren herbeigeflogen, aber Seenothilfe war verweigert worden.

Mit dem Selbstbewusstsein der Flüchtlinge und MigrantInnen, die die unterlassene Hilfeleistung auf dem Mittelmeer und die mörderische Abschottung Europas anprangern, ist eine neue Situation entstanden. Nach der Schiffskatastrophe direkt vor Lampedusa am 3. Oktober 2013, die mit den Mitteln einer funktionierenden Seenothilfe hätte verhindert werden

können, ist die Festung Europa in eine Legitimationskrise geraten, die sich 2014 zugespitzt hat.

In dreierlei Hinsicht nimmt das Jahr 2014 in der Immigrationsgeschichte Europas eine historische Bedeutung ein: Quantitativ sind zweieinhalb Mal so viele Menschen wie auf dem bisherigen statistischen Höhepunkt 2011 (Arabellion) auf illegalisierendem Weg nachweislich eingereist. Zweitens ist das Mittelmeer zur alles überragenden Einreisezone geworden. Drittens sind inzwischen – sogar nach Frontex-Angaben – 80 Prozent der heimlich Einreisenden Asylflüchtlinge.

Zudem sind 2014 die meisten Toten – über 4.000 Personen! – in der Geschichte der EU-Außengrenze zu verzeichnen. In vielen Fällen handelte es sich um überwachte und beobachtete Schiffstragödien im Mittelmeer.

In Deutschland leben 16 Millionen Menschen „mit Migrationshintergrund“, aber nur 3,4 Prozent von ihnen (533.000) kommen aus Afrika und 2,9 Prozent von ihnen (450.000) kommen aus dem Nahen Osten (ohne Türkei). Woher rührt der Entschluss zur Abschottung gegenüber dem Süden, während das tatsächliche Migrationsgeschehen in Europa andere Regionen und Kontinente betrifft?

Wenn man die neuesten Frontex-Berichte liest, so kann man konstatieren, dass ein neues Mantra ausgegeben wird. Angesichts des Imageverlusts und der Wirkungslosigkeit zunehmender Abschottungsoperationen will Frontex in den EU-Staaten „awareness“ stärken: Es geht nun auch um ideologische Aufrüstung gegenüber Afrika und Nahost.

Helmut Dietrich
Forschungsgesellschaft für Flucht und Migration e.V.

<http://www.watchthemed.net/index.php/page/index/12>

Von der ausgebeuteten Arbeitskraft zum zeitsouveränen Menschen

Wunsch und Wirklichkeit klaffen bei der Arbeitszeit weit auseinander. Ein Drittel der Erwerbstätigen will im Schnitt um zehn Stunden pro Woche weniger arbeiten. Eine Erwerbsarbeitszeit von null Stunden gilt für 400.000 jobsuchende Menschen. Um die Deutungshoheit zum Thema Arbeitszeit tobt ein ideologischer Kampf – ist das hohe Ausmaß der Frauen-Teilzeit freiwillig? Etwa die Hälfte der Teilzeitbeschäftigten mit einem geringen Stundenausmaß will ihre Arbeitszeit ausweiten.

Die Arbeitszeitrealitäten sind sehr unterschiedlich. Ob im Maschinentakt, im Schichtbetrieb, im Vertriebsbüro, an der Kassa, im Gasthaus, im Krankenhaus – die Verausgabung der eigenen (Arbeits)Kraft geschieht unter Profitmaximierungszwang (in der Privatwirtschaft) oder unter Budgetnöten (im sozialen Bereich und im öffentlichen Dienst). Doch der Mensch lebt nur einmal, Arbeitszeit ist Lebenszeit. Es geht um die Zeit, in der, bzw. um die Bedingungen, unter denen die Arbeitsleistung erbracht wird.

Die Perspektive einer ausgewogeneren Verteilung aller geleisteten Arbeit(szeit) bietet all jenen, die vor lauter Überstunden ächzen, jenen, die wegen Dauerabsagen auf ihre Bewerbungen verzweifeln, jenen, für die Teilzeit eine Sackgasse darstellt und denen ein Vollzeitjob verwehrt wird, jenen, die der Leistungsdruck in der Arbeit krank macht, jenen, bei denen sich der Beruf nicht reibungslos mit dem Familien- und Privatleben verbinden lässt, Hoffnung. Hoffnung darauf, Frau / Herr über die eigene Zeit zu werden.

Normalarbeitszeit oder Überstunden

Der auf acht Stunden zu begrenzende Arbeitstag wurde erstmals am internationalen Arbeiterkongress 1889 in Paris aufgestellt. Im Arbeitszeitgesetz von heute ist er als „Normalarbeitszeit“ festgeschrieben. Über das „normale“ Maß hinaus zu arbeiten ist erlaubt, wenn es erhöhten Arbeitsbedarf gibt. Und

doch erbringen 700.000 bis 800.000 lohnabhängig Werktätige regelmäßig Überstunden bzw. Mehrarbeit. Das ist nichts anderes als dauernde, kalkulierte Personalknappheit auf Kosten überlasteter Beschäftigter und perspektivloser Arbeitssuchender. Profiteure sind jene, die an niedrig gehaltenen Personalkosten ein Interesse haben. Die Spitze des Ausbeutungseisbergs ist, dass jede fünfte geleistete Über- bzw. Mehrarbeitsstunde weder bezahlt noch durch Zeitausgleich abgegolten wird – jährlich summiert sich dieser „Raub“ auf mehr als eine Milliarde Euro.

Am 1. Mai 1890 gingen ArbeiterInnen in ganz Europa für den 8-Stunden-Tag auf die Straße. Ohne Gewerkschaften gäbe es weder den Sozialstaat noch eine Begrenzung der Arbeitszeit. Heute sind sozialstaatliche und arbeitsrechtliche Errungenschaften unter Beschuss. Statt kollektivvertraglicher Verbesserungen werden die jährlichen Verhandlungsrunden teils sogar zu gewerkschaftlichen Abwehrkämpfen gegen sogenannte „Arbeitszeit-Flexibilisierungen“, die auf lange Durchrechnungszeiträume und die Kürzung von Zuschlägen abzielen.

In weiten Teilen Europas toben unter der Führung der „Troika“ (europäische Zentralbank, Internationaler Währungsfonds, EU-Kommission) Kürzungsorgien, denen Gesundheitsleistungen, Pensionen, Mindestlöhne usw. zum Opfer fallen. Teils in neoliberaler Komplizenschaft mit manch einer Regierung. Und in Österreich ist die Regierung übereingekommen, die tägliche Höchstarbeitszeit bei Gleitzeitbeschäftigten und bei Arbeitstagen mit aktiver Reisezeit auf 12 Stunden anzuheben. Das nennt sich „Flexibilität“. 12 Stunden, das ist die Hälfte eines ganzen Lebenstages!

Die Umsetzung dieses Vorhabens ist bisher am Widerstand der Gewerkschaften gescheitert, insbesondere weil eine Regierungspartei von einer weiteren Übereinkunft nichts mehr wissen wollte, jener des erhöhten Urlaubsanspruchs („6. Urlaubswoche für alle“).

Auch die Anhebung der Lebensarbeitszeit (Pensionsantrittsalter) steht immer wieder im Raum, was es für Junge und Alte noch schwerer macht, ihren Job zu behalten oder überhaupt einen zu haben.

Arbeitszeitverkürzung als wichtiger Baustein für die Arbeitswelt

Es gibt nicht „eine“ Arbeitszeitmaßnahme, die alles lösen kann. Eine „kurze Vollzeit“ etwa, also ein neuer Arbeitszeitstandard, für den es „vollen“ Lohn gibt, kann wirklich durch Neueinstellungen die Arbeitslosigkeit senken – wenn es insgesamt in der gesamten Wirtschaft eine ausreichende Nachfrage nach Arbeitskräften gibt, also positive Absatzaussichten der Unternehmen und insbesondere auch aktive, beschäftigungsfördernde, öffentliche Investitionen in die gesellschaftliche Infrastruktur. Das schafft direkt Arbeitsplätze, bei ausreichender Dotierung (Wertschöpfungsabgabe und Reichensteuer) auch mit guten Einkommens- und Arbeitsbedingungen.

Zudem ermöglicht die dadurch verbesserte Vereinbarkeit mehr Menschen, eine Berufstätigkeit aufzunehmen oder auszuweiten. Ein Recht auf lebensphasenorientierte Arbeitszeit, ein Recht auf Wechsel zwischen Voll- und Teilzeit, eine „bedingungslose Grundzeit“ (etwa für Bildung, für Demokratie, für Familie, und schlicht auch für Muße...) – das ist die Wiederaneignung der Zeit.

Damit das nicht Illusionen bleiben, braucht es eine strategische Bündelung. Die Werktätigen, vom Krankenpfleger bis zur Marketingspezialistin, müssen zu AkteurInnen in der Gestaltung der Arbeitszeit und der Leistungserbringung werden. Gewerkschaften, betriebliche Belegschaftsvertretungen, Beschäftigte – im Idealfall im Einklang mit der Firmenleitung.

Mag.^a Bettina Csoka
*Ökonomin, Mitarbeiterin der
Abteilung Wirtschafts-, Sozial- und
Gesellschaftspolitik der AK OÖ*

Weniger ist manchmal mehr!

Lassen Sie Ihr Auto in der Fastenzeit zu Hause stehen und erfahren Sie ein neues Lebensgefühl!

- Die eigene Mobilität überprüfen, von Aschermittwoch,
- 18. Februar bis Karsamstag, 4. April 2015.
- Bahn, Bus, Fahrrad, Füße, Fahrgemeinschaften bewusst probieren und nutzen.
- Fit werden und fit bleiben.
- Gemeinsam eine lebenswerte Zukunft gestalten.
- Die Kosten Ihrer OÖVV-Karten zurückgewinnen.
- Information und Anmeldung unter
- www.autofasten.at/ooe

Eine Initiative der Umweltbeauftragten der katholischen und evangelischen Kirche Österreichs.



Geld und Leben
Wirtschaftskompetenz entwickeln

Lehrgang
04_2015 – 02_2016

frauenakademie
der Katholischen Sozialakademie Österreichs

Lehrgangsort: St. Virgil Salzburg • Nähere Informationen und Anmeldung: www.ksoe.at

Auf den Spuren des Geldes

Studienfahrt nach Wien - Di., 16. Juni 2015

Woher nimmt der Staat das Geld, das er dann wieder (anders) verteilt? Nach welchen Kriterien werden die Budgets Österreichs erstellt? Welche Wege nimmt Geld, welche Funktionen erfüllt es, welchen Mechanismen folgt es, und warum konzentrieren sich Vermögen immer mehr? Wer beeinflusst die Finanzströme, und welche Alternativen zum derzeitigen System gibt es?

Wir fahren umweltfreundlich mit der Bahn und den Wiener Linien, Abfahrt ca. 7.30 Uhr, Ankunft ca. 20 Uhr.

Kosten: 70 Euro (Kursbeitrag und Fahrtkosten, ohne Verpflegung)

Stationen: Oikocredit Austria, Finanzministerium, Nationalbank inkl. Geldmuseum

Veranstalter: Sozialreferat der Diözese Linz, Bildungshaus Schloss Puchberg, Haus der Frau Linz

Info/Anmeldung: sozialreferat@dioezese-linz.at, ☎ (0732) 76 10-32 51

resse - interesse - interesse - interesse - interesse
sse - interesse - interesse - interesse - in
se - interesse - interesse - in
e - in

BÜCHER

Folgende Bücher sind im Sozialreferat entlehnbar:

Th. Piketty: Das Kapital im 21. Jahrhundert. C.H. Beck Verlag, München 2014, 816 Seiten. 20,95 Euro

Thomas Piketty hat mit diesem Buch einen Bestseller nicht nur für Wirtschaftsliteratur gelandet, auch wenn die Süddeutsche Zeitung diese Auszeichnung relativiert: Nummer 1 der ungelesenen Bestseller.

Das Thema ist ganz einfach in der Luft gelegen: Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer mehr auf. Dies ist zwar bereits allgemein bekannt, aber Piketty analysiert die Entwicklung der Einkommen und eingeschränkt auch der Vermögen in wichtigen kapitalistischen Ländern (Österreich ist nicht dabei), wobei einige Zahlenreihen bis zu 300 Jahre zurückgehen. Im Fokus seiner Untersuchung stehen die obersten 10 Prozent, 1 Prozent und 0,1 Prozent der Einkommens- und Vermögenspyramide. In der Eurozone, aber auch in den USA sind die Vermögen konzentriert wie nie zuvor und auch die Einkommensunterschiede wachsen ständig. Er verweist auf die dadurch entstehenden sozialen Spannungen und die Gefahren für die Demokratie.

Als Lösungsvorschlag fordert er nicht die Abschaffung des Kapitalismus, sondern den Ausbau der sozialen Komponente. Wichtige Instrumente sind eine progressive Einkommenssteuer (die höchsten Steuersätze wurden seit Beginn der neoliberalen Politik heruntergesetzt) und eine globale Vermögens- und Erbschaftssteuer. Er schreibt in dem Bewusstsein, dass dies im gegenwärtigen Zeitpunkt eine Utopie ist. Es ist zu hoffen, dass die Überlegungen Pikettys Eingang in die wirtschaftspolitische Diskussion finden und nicht so wie mancher Bestseller wieder ungelesen im Bücherschrank verschwinden.

Fortsetzung Seite 11

BÜCHER

Fortsetzung von Seite 10

F. Hengsbach: Teilen, nicht töten. Westend Verlag, Frankfurt/Main 2014, 128 Seiten. 12 Euro

Als genauer Beobachter des Zeitgeschehens benennt Hengsbach zwei Zeichen der Zeit: einerseits Flucht, Verfolgung, Entbehrung, Not an der Peripherie einer Welt des Wohlstandes und andererseits ein weiteres Zeichen, das des Teilens. Als wesentliche Quellen führt er zwei so unterschiedliche Persönlichkeiten wie Papst Franziskus auf der einen Seite und Thomas Piketty (Das Kapital im 21. Jahrhundert) an.

Der Autor glaubt daran, dass die Menschen zur Einsicht kommen, dass eine Abkehr vom Wettbewerbsprinzip notwendig ist und dass der Grundsatz „der Markt wird schon alles richten“ (Verteilungsfragen) eine fromme Utopie ist. Er fordert zum Teilen auf, das sich in ganz konkreten Schritten zeigen muss: Nicht nur Mindestlöhne vereinbaren, sondern auch Kollektivverträge, die Löhne zum Überleben garantieren.

Weiters Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmung, Investitionen in öffentliche Güter wie Straßen, Personentransport, Schulen usw., arbeitsfreier Sonntag und überhaupt ein anderes, sozialeres Europa.

Aber auch im persönlichen Bereich gäbe es viele Möglichkeiten zum Teilen.

Th. Weber: Ein guter Tag hat 100 Punkte... und andere alltagstaugliche Ideen für eine bessere Welt. Residenz Verlag, St. Pölten 2014, 213 Seiten. 18 Euro

All unser Tun, alle im Alltag verbrauchten Produkte haben Auswirkungen auf unsere Umwelt. Um ein gutes Überleben auf unserem Planeten zu sichern, dürften wir maximal 6,8 Kilo CO²-Ausstoß pro Tag und Person in Anspruch nehmen. Wir verbrauchen aber wesentlich mehr, d.h. wir leben über unsere Verhältnisse. „Gut leben“ ist aber mit gleichzeitiger Umweltschonung möglich. Unser tägliches Verhalten wird

von Weber mit Punkten bewertet und – im Schnitt übers Jahr gerechnet – sollten die 100 Punkte pro Tag nicht überschritten werden. Das Buch enthält viele Anregungen und Einfälle, wie man sich umweltgerecht verhalten kann. Z. B.: „Zelebriere den Tierfreitag“ – „Versuch’s einen Monat lang vegan“ – „Sei romantisch, iss Karpfen (statt Thunfisch)“ – „Lass anschreiben, aber für andere“ – „Gib, nimm und teile Essen“, insgesamt 30 Regeln. Vieles lässt sich leicht umsetzen, bei anderen Vorschlägen wird so mancher an seine Grenzen stoßen. Aber als Handlungsanweisung kann das Geleitwort des Buches dienen: „Pfeif auf die Regeln. Probiere es aus!“ (Baden-Powell).

W. Bauer: Mit Syrern auf der Flucht nach Europa. Eine Reportage. edition suhrkamp 2014, 135 Seiten. 14,40 Euro

Der Reporter Wolfgang Bauer und der Fotograf Stanislav Krupar begleiteten, getarnt als Englischlehrer aus dem Kaukasus, eine Gruppe syrischer Flüchtlinge auf ihrer Flucht nach Europa. Sie sind bei ihnen in ihren Verstecken in Ägypten, beim zermürbenden Warten, dramatischen Tagen im Boot, als Geiseln und Tauschpfand verschiedener Schlepper, bei gescheiterten und schließlich erfolgreichen Fluchtversuchen nach Europa – nach Deutschland und Schweden.

Es sind Menschen aus der Mittelschicht, deren Existenz in Syrien zerstört ist und die aus Angst um ihr Leben flüchten. Sie sehen ein Leben in Europa als einzige Möglichkeit, sich eine neue Existenz aufzubauen – dorthin wollen sie ihre Angehörigen, die sie zurückgelassen hatten, ehestmöglich nachholen.

Diese hautnahe Schilderung von Schicksalen und Hoffnungen ist ein authentisches Dokument und zugleich ein leidenschaftlicher Appell für eine humanitäre europäische Flüchtlingspolitik.

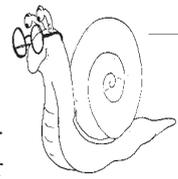
Über Meinungs- und Rauchfreiheit

Heute Morgen überkam mich folgender Gedanke: Mitmenschen, die durch Schmauch meine Kleidung zum Miachteln bringen, möchte ich künftig mit nicht besonders teurem Parfüm besprühen. Wenn ihnen das missbeagt, verweise ich auf den Genuss, den mir das mache, und dass es meine Freiheit beschränke, wenn ich darauf verzichten müsse. Jetzt, nach dem Frühstück, genieße ich mich. Die Raucher werden auf Flughäfen ohnehin schon in Plexiglaskäfige gesperrt, mit dem totalen Rauchverbot in Lokalen geängstigt und von Personalchefs als disziplinos abgewertet. Außerdem sollten wir an globale Konzerne denken. Wenn wir Rauchwaren kriminalisieren, verklagen die uns ament vor einem transnationalen Gericht auf 234 Trilliarden Dollar Investitionsschutz.

Ich frage mich, ob ich radikalisiert geworden bin. Wir leben ja gerade in zänkischen Zeiten. Ich würde nicht wagen, meine Parfümideen in den „sozialen“ Netzwerken zu äußern. Schnell hat man entfacht, was der Amerikaner „Gacksturm“ nennt. Zum Glück finde ich in Ihnen ausgesprochen wohlwollende LeserInnen. KeineR von Ihnen schickt mir böse Briefe, weil ich gendere oder Worte wie „Gacksturm“ verwende. Am schönsten ist, dass mich niemand mit Schusswaffen heimsucht, weil ihm/ihr meine Meinung nicht passt. Zum Dank gestehe ich ein, dass die Karikaturen in Charlie Hebdo wirklich nicht mit der feinen Feder gezeichnet wurden.

Was ich eigentlich sagen wollte: Jeder Mensch hat das Recht auf ein bisschen Selbstzerstörung, also soll das Rauchen meinetwegen erlaubt bleiben. Aber bitte irgendwo ganz weit weg von mir. Das gilt besonders für die zwei Nachbarn, die mir den Gang vollpofeln. Hoffentlich lesen sie diese Kolumne, denn bei ihnen anzuklopfen und mich direkt zu beschweren, traue ich mich nicht.

Ihre Weinbergschnecke



resse - interesse - interesse - interesse - interesse
sse - interesse - interesse - interesse - interesse - in
se - interesse - intere
e - in

TERMINE

Demokratie-Werkstatt Wels

Monatlich stellt ein Welser Politiker sein Verständnis von Demokratie vor und zur Diskussion.

Di., 24. Feb. 2015, 19 bis 21 Uhr: Vizebürgermeister Hermann Wimmer, SPÖ

Di., 10. März 2015, 19 bis 21 Uhr: Vizebürgermeister Peter Lehner, ÖVP

Di., 14. Apr. 2015, 19 bis 21 Uhr: Fraktionsvorsitzender Mag. Walter Teubl, Grüne

Di., 12. Mai 2015, 19 bis 21 Uhr: Regionalkoordinator Hans-Peter Heinzl, NEOS

Bildungshaus Schloss Puchberg, 4600 Wels, Puchberg 1

☎ (07242) 475 37-0

puchberg@dioezese-linz.at

Lesekreis „Evangelii Gaudium“

Jeweils Mittwoch 18 bis 20 Uhr

25. Feb., 4. März, 11. März,

18. März 2015

Referent: Willi Seuffer-Wasserthal

Anmeldung: Bildungszentrum

Maximilianhaus, Gmundnerstraße 1b, 4800 Attnang-Puchheim

☎ (07674) 66 550

maximilianhaus@dioezese-linz.at

„WOW - Wohlstand ohne

Wachstum - Perspektiven für ein gutes Leben für alle“

4. Zukunftssymposium Steyr

Fr., 27. Feb. 2015, 19.30 Uhr bis Sa.,

28. Feb. 2015, 16 Uhr

Information und Anmeldung:

Dominikanerhaus Steyr, Bildungs- und Begegnungszentrum der KFB, 4400 Steyr, Grünmarkt 1

☎ (07252) 45 400

dominikanerhaus@dioezese-linz.at

„Weniger ist (oft) mehr“. Die Suche nach dem „rechten Maß“

Termin: 3. März 2015,

Di., 9 bis 11 Uhr

Referent: Ernst Bräuer Rektor em.

Kosten: 6 Euro

Info und Anmeldung: Haus der Frau,

Linz ☎ (0732) 66 70 26

Menschenrechte. Ein Vortrag von MMag. Volker Frey

Di., 3. März 2015, 19.30 Uhr

Anmeldung: Bildungszentrum Maximilianhaus s. o.

Sensibilisierung für Vielfalt und Diskriminierung. Workshop mit MMag. Volker Frey

Di., 3. März 2015, 14.30 bis 18.30 Uhr

TN-Beitrag: 42 Euro inkl. Vortrag,

15 Euro für Schüler- und StudentInnen

Anmeldung: Bildungszentrum Maximilianhaus s. o.

Die Zukunft der Ukraine

Do., 5. März 2015, 19 Uhr

Referentin: Veronika Eschbacher, Wiener Zeitung

TN-Beitrag: 7 bzw. 9 Euro

Anmeldung: Bildungszentrum Maximilianhaus s. o.

Windkraft in Inselfsystemen.

Selbstbau-Workshop mit Jonathan Schreiben

Fr., 27. März 2015, 17 Uhr bis

Mi., 1. April 2015, 18 Uhr

Beitrag: 485 Euro

Info und Anmeldung: Bildungszentrum Maximilianhaus s. o.

Die Stunde der Patinnen. Frauen an der Spitze der Mafia-Clans

Mi., 8. Apr. 2015, 19 bis 21 Uhr

Referentin: Dr. Mathilde Schwabeneder, ORF-Korrespondentin

Kursbeitrag: 18 Euro

Anmeldung: Bildungshaus Schloss Puchberg s. o.

Minikurs Gesellschaftspolitik

Di., 14. Apr. 2015, 19 bis 21 Uhr

Thema: Was Politik bewegt

Referent: DDr. Severin Renoldner

Di., 5. Mai 2015, 19 bis 21 Uhr

Thema: So eine Wirtschaft

Referentin: Mag.^a Lucia Göbesberger

Di., 2. Juni 2015, 19 bis 21 Uhr

Thema: Weltweit mitdenken

Referentin: Mag.^a Angelika Gumpenberger-Eckerstorfer

Eintritt frei, Anmeldung erforderlich
Bildungszentrum Maximilianhaus,
s. o.

Mai 1945 im Bezirk Ried: Chaos im Untergang des Dritten Reiches und „Republik Ried“

Di., 21. Apr. 2015, 20 Uhr

Referent: Gottfried Gansinger

Kursbeitrag: 5 Euro

Info und Anmeldung: Bildungszentrum St. Franziskus, Riedholzstraße 15a, 4910 Ried i.I.

☎ (07752)82 742

franziskus@dioezese-linz.at

Geldfahrt

siehe Seite 10

In eigener Sache ...

Wenn Sie bisher noch nicht zu den regelmäßigen „INTERESSE“-BezieherInnen gehören und an der Zeitung Gefallen finden, senden Sie uns bitte eine E-Mail an sozialreferat@dioezese-linz.at oder rufen Sie uns an: (0732) 76 10-32 51.



Impressum: Inhaber Diözese Linz (Alleininhaber)
Herausgeber und Verleger: Sozialreferat, Pastoralamt der Diözese Linz
Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz, Telefon: (0732) 76 10-32 51
E-Mail: sozialreferat@dioezese-linz.at
www.dioezese-linz.at/soziales
Hersteller: kb-offset Kroiss & Bichler GmbH & CoKG, Römerweg 1, 4844 Regau
Verlagsort Linz, Verlagspostamt 4020 Linz/Donau
Erscheinungsort Linz, P.b. GZ 02Z031665 M

Katholische Kirche
in Oberösterreich